

# presse

---

AG Bildung und Forschung

## **Ganztagschulen: Schwarz-Gelb verbummelt den Ausbau**

*Anlässlich der Meldungen zu unverbrauchten Mitteln des Ganztagschulprogramms erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Ernst Dieter Rossmann**:*

Die schwarz-gelben Landesregierungen verschenken weiter Reformchancen. Etwa zehn Prozent der vorgesehenen Mittel für den Ganztagschulbau sind bisher nicht abgerufen worden, an der Spitze stehen die alten Bekannten: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und - man will sagen "natürlich" - die langjährigen Ganztagschulgegner Hessen und Bayern.

Öffentlich wurde die Anti-Ganztagschulen-Rhetorik zwar eingestellt, aber offensichtlich wird von den schwarz-gelben Regierungen das Ausbaumanagement weiter vernachlässigt. Es kann nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte Reformchancen vorenthalten werden, nur weil von "oben ideologisierte" Schulverwaltungen bereit stehende Gelder nicht an die Schulen bekommen.

Die SPD fordert deshalb, unverbrauchte Mittel den anderen Ländern, die ihre Quoten ausgeschöpft haben, zusätzlich zur Verfügung zu stellen. 400 Millionen Euro weniger ist alles andere als eine Lappalie. Man stelle sich in anderen Bereichen vor, dass ein Reformpaket in gleicher Größe ungenutzt bliebe. Alle von Bundesministerin Schavan initiierten Bildungsanstrengungen - von der Begabtenförderung über den Stipendienausbau bis zu den Ausbildungsbausteinen - kommen zusammen nicht auf diese Summe. Auch wenn Bundesministerin Schavan das Ganztagschulprogramm seiner Zeit trotz der vier Milliarden Euro für "jämmerlich" (2002) hielt, ist sie jetzt gefordert. Sie muss jetzt aktiv werden und sicherstellen, dass frei bleibende Mittel nicht verfallen. Vielmehr sind sie den Ländern zusätzlich zur Verfügung zu stellen, die beim Ganztagschulbau besonders erfolgreich waren und ihre Ganztags-

mittel bisher voll ausgeschöpft haben.

Das Ganztagschulprogramm kann als größtes Schulreformprojekt Deutschlands nur seine Ziele erreichen, wenn die Umsetzung in den Ländern energisch und mit Herz, aber auch mit Verstand betrieben wird. Das von der SPD seiner Zeit gegen den Widerstand der Union durchgesetzte Ausbauprogramm hat weiter zum Ziel, am Ende mindestens 10.000 zusätzliche Ganztagschulen zu erreichen. Die derzeit oft zitierte Zahl von 6.918 geförderten Schulen ist allerdings der Stand aus dem August letzten Jahres, die neuen Zahlen werden in Kürze veröffentlicht. Insgesamt ist das Ganztagschulangebot auch durch zusätzliche ergänzende Anstrengungen der Länder weitaus stärker gestiegen.

Das laufende Ganztagschulprogramm muss auch deshalb voll ausgeschöpft werden, weil es keinen zweiten Anlauf wird geben können. CDU/CSU haben in der Föderalismusreform 2006 weitere Ganztagschulprogramme verfassungsrechtlich ausgeschlossen, um nicht noch einmal - wie Ministerpräsident Koch es formulierte - am "goldenen Zügel" des Bundes zu hängen. Davon ist er zwar nun "befreit", doch gleichzeitig hat die Union damit auch Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer von echten Reformchancen gleich mit-"befreit".

Ein flächendeckender Ganztagschulausbau jedenfalls steht mit der Union in den Sternen. Entsprechend konnte der Bildungsgipfel von Dresden auch in diesem Punkt keinen Fortschritt bringen. Nicht einmal dem Ausbau der Schulsozialarbeit an Ganztagschulen, wie ihn die SPD vorgeschlagen hat, wollte Bundesministerien Schavan zustimmen. Die SPD wird aber weiter überall, wo sie Verantwortung trägt, für den Ausbau von Ganztagschulangeboten kämpfen. "Nicht jeder muss, aber jeder der will sollte ein Ganztagschulangebot wählen können" - das ist unsere Maxime.